

Für die Zerschlagung der EU!

Für den Sozialismus! (Aus den EU-Thesen der IA*RKP)

Die EU ist ein imperialistisches Projekt. Sie ist ein nicht abgeschlossenes Entwicklungsprojekt des Finanzkapitals (Banken und Konzerne) mehrerer europäischer Länder, die einen Block im Ringen um die Weltherrschaft bilden. Maßgebend ist dabei die Konkurrenz zum us-amerikanischen Imperialismus, der seit Jahrzehnten führenden imperialistischen Großmacht. Formal geht es um den einheitlichen Wirtschaftsraum und die gemeinsame Wirtschaftspolitik. Das ist die Basis für eine einheitliche Innen-, Justiz und „Sicherheits“-politik ebenso wie eine vereinheitlichte Militär- und Außenpolitik. Da in der zwischenimperialistischen Konkurrenz Kriege unvermeidlich sind, sind die Aufrüstung in allen Bereichen und die Erhöhung der weltweiten Einsatzfähigkeit und Schlagkraft des Militärs Kernbereiche der EU.

Die EU zielt derzeit auf die Schaffung und Stabilisierung von Entscheidungs- und Verwaltungsgremien ab, die für die Interessen des europäischen Finanzkapitals vorrangig sind. Im Mittelpunkt des Interesses steht die Festigung von zentralen Institutionen, die trotz der Widersprüche zwischen den einzelnen imperialistischen EU-Mächten handlungsfähig sind. Dieser Integrationsprozess („Lissabon“, „Verfassung“, „Vertrag“ usw.) zielt auf die Befestigung der Vorherrschaft der großen imperialistischen Mächte. Hauptzweck der EU ist es, den USA-Imperialismus zu überflügeln. Dazu gehört aber auch das gemeinsame Auftreten gegenüber dem russischen und japanischen Imperialismus, sowie gegenüber den aufstrebenden Mächten wie China, Indien und Brasilien. Ebenso geht es um die Koordination der Angriffe auf die Arbeiter/innenklasse in Europa und auf die Völker der Neokolonien in und außerhalb Europas. Ziel ist der organisierte Abbau sozialer und demokratischer Rechte („Balkenstein-Richtlinie“ über Dienstleistungsfreiheit usw.). Eine einheitliche Regelung sozialer und demokratischer Mindeststandards ist kein Anliegen der EU.

Zentral gesteuert wird der Abbau demokratischer Rechte (Faschisierung) insgesamt und in einzelnen Ländern besonders vorangetrieben. (So wurde etwa das Verbot des tschechischen Jugendverbands KSM oder der ungarischen Arbeiterpartei/ Linksfrente unter anderem mit einem Europaratsbeschluss untermauert.)

Die EU ist kein föderativer Staatenbund (wie etwa die USA), sondern ein Völkerkerker. Der bisher entwickelte Staatsapparat der EU konzentriert sich auf wenige Kernbereiche: Außen- und Militärpolitik, Wirtschafts- und Währungseinheit, Aufstandsbekämpfung, Drogen- und Menschenhandel. Weiters sind im wirtschaftlichen Bereich bestimmte

aggressive Maßnahmen des Monopolkapitals wie z.B. derzeit eine monetaristische, „neoliberale“ Wirtschaftspolitik vertraglich verankert. In allen diesen Bereichen steht das EU-Recht über nationalen Gesetzen. Andere traditionelle staatliche Aufgaben wie demokratische Vertretung und innere Verwaltung, Sozialversorgung, Gesundheit, Bildung, öffentliche Dienste, Minderheitenrechte, Arbeitsrecht usw. werden von der EU als „Regionalangelegenheiten“ behandelt. Entscheidend für die EU-Gesetzgebung sind die ernannten Kommissare, für die Militärpolitik das Rüstungsamt, für die Wirtschafts- und Währungspolitik die Europäische Zentralbank usw., während das sogenannte EU-Parlament als bürgerlich-demokratische Fassade dient. Die Teilstaaten der EU haben weitreichende staatliche Souveränitätsrechte auf die EU-Institutionen übertragen und damit ein neues staatliches Gebilde geschaffen, das deutlich über internationale Bündnisverträge souveräner Staaten hinaus geht. Das bedeutet aber nicht, dass die zwischenimperialistischen Widersprüche innerhalb der EU überwunden wären, und eine Spaltung der EU in zwei oder mehrere Teile ist wahrscheinlich, wenn die wirtschaftlichen, politischen und militärischen Spannungen weltweit zunehmen.

Viele Länder und große Regionen der EU sind auf den Status von Halbkolonien bzw. Neokolonien gedrückt. Dazu gehören vor allem die Länder im Osten und Süden. Die imperialistischen EU-Länder machen einen Teil der Bourgeoisie diese Länder zu ihren Kompradoren, um sie fester an die EU zu binden. Dabei geht es vor allem um die Sicherung billiger Arbeitskräfte und sicherer Absatzmärkte in Konkurrenz zum russischen und us-amerikanischen Imperialismus. Die Einbeziehung weiterer Länder in den neokolonialen Halbkreis um die imperialistischen EU-Kernländer ist klar definiertes Ziel der EU. Während der deutsche und österreichische Imperialismus die Ausdehnung nach Osten und Südosten forcieren, betreiben der französische und italienische Imperialismus vor allem den Anschluss der Mittelmeerländer.

Österreich ist ein kleines imperialistisches Land. Seine internationale Bedeutung ist durch den Beitritt zur EU stark verändert worden. Seit 1918 bis Mitte der 1960er Jahre betrieb Österreich nahezu keinen Kapitalexport (Anlage von überschüssigem Kapital im Ausland zur Erhöhung der Profite). Im letzten Drittel des 20. Jahrhunderts wurde der österreichische Kapitalismus modernisiert und parallel dazu wuchsen die österreichischen Investitionen im Ausland. Seit 2000 übersteigt der Kapitalexport deutlich den Kapitalimport. Im selben Zeitraum wurden im Militär international einsetzbar-

ge Truppeneinheiten geschaffen und erprobt. Heute ist das österreichische Militär im Rahmen der EU an verschiedenen Plätzen weltweit im Einsatz.

Während bis kurz vor Ende des 20. Jahrhunderts der sogenannte „Osthandel“ die Außenwirtschaft bestimmte, haben seit dem EU-Beitritt die imperialistischen Direktinvestitionen in Ost- und Südosteuropa explosiv zugenommen. Sie stellen heute das entscheidende Merkmal des österreichischen Imperialismus dar. In einem Dutzend Ländern Osteuropas und des Balkan ist Österreich heute unter den fünf wichtigsten imperialistischen Investoren und Ausbeutern, in etwa der Hälfte davon seit Jahren Spitzenreiter (bei ausländischen Direktinvestitionen an 1. Stelle in: Bosnien- Herzegowina, Kroatien, Bulgarien, Slowenien, Rumänien; an 2. oder 3. Stelle in: Slowakei, Serbien, Ungarn, Tschechien, Ukraine; FDI-Stand 2007). Ein wesentlicher Teil davon ist allerdings Durchlaufkapital vor allem des deutschen und italienischen Imperialismus.

Mit dem EU-Beitritt beginnt der österreichische Imperialismus wieder eine wichtigere militärische Rolle im internationalen Maßstab zu spielen. Unter völliger Missachtung des Neutralitätsgesetzes von 1955 sind österreichische Truppen seit über 10 Jahren in Bosnien und Kosovo im Einsatz; 2008 ist erstmals seit Ende des 2. Weltkriegs auch eine größere Militäreinheit außerhalb Europas zum Kampf gegen „Terroristen und Rebellen“ ausgerückt (Tschad/Zentralafrika). Durch die EU ist es für Österreich jetzt möglich, auch ohne direkte Beteiligung des deutschen Imperialismus weltweite Truppenverlegungen durchzuführen. Für uns ist die Zerschlagung der EU kein selbstständiges strategisches Ziel, sondern dem Kampf für die sozialistische Revolution und Diktatur des Proletariats untergeordnet. Im Rahmen dieses Kampfes kann eine Reihe von Widersprüchen genutzt werden, die sich mit der Schaffung der EU herausgebildet oder verschärft haben: Die nach wie vor anhaltende Offensive zur Zerschlagung, Kommerzialisierung und Privatisierung aller öffentlichen Einrichtungen trifft innerhalb der EU vor allem die unteren Schichten der Arbeiter/innen und Werktätigen. Während die Rechte des Kapitals EU-weit gesetzlich festgelegt sind (z.B. AG-Gesetz), wird das Arbeits- und Sozialrecht zum Regionalrecht degradiert (z.B. keinerlei „Mitbestimmungsrechte“ im Europäischen AG-Gesetz). Kollektivverträge werden vom EUGH für ausländische Firmen als nicht verbindlich erklärt usw.

Nach EU-Recht sind z.B. auch Bildung und Erziehung nicht Aufgabe des Staates. Unser Weg ist der Aufbau einer breiten Einheitsfront der Arbeiter/innenklasse und ihrer Verbündeten für die Zerschlagung der EU, wobei das einheimische Monopolkapital aufs Korn genommen werden muss. Ziel ist ein breites und dauerhaftes Bündnis der Anti-EU-Kräfte in Österreich unter Führung der Arbeiter/innenklasse mit dem Widerstand und Kampf der Arbeiterklasse und

Volksmassen in anderen EU-Ländern und vor allem den Volksmassen der vom österreichischen Imperialismus neokolonial ausgebeuteten Länder innerhalb und außerhalb der EU.

Für sich genommen stellt ein Austritt des imperialistischen Österreichs aus der EU keine „Zwischenetappe“ auf dem Weg zur proletarischen Revolution dar. (Zugleich betonten wir aber, dass die Forderung des Austritts aus der EU bzw. des Nichteintritts in diese, für nicht-imperialistische und halbkoloniale Länder eine andere Bedeutung hat.) Die meisten derzeit in Österreich aktiven EU-kritischen Bewegungen sehen die EU nicht als feindliches imperialistisches Gebilde, sondern treten für Reformen innerhalb der EU ein. Viele glauben, dass nach der Durchsetzung der „Kapitalfreiheiten“ in der EU jetzt die Phase der „sozialen Rechte“ kommen müsse. Nur sehr wenige erkennen in der EU ein monopolkapitalistisches Projekt – die es tun, schlagen meist einen irrationalen antimonopolistischen Kurs für einen Kapitalismus unter Zurückdrängung der Monopole ein. Einige rechte und faschistische Strömungen vernebeln völlig den Zusammenhang zwischen den Interessen des österreichischen Monopolkapitals und seiner Beteiligung an der EU. Sie gebärden sich als wütende EU-Gegner, lenken die empörten Arbeiter/innen und Volksmassen in die Irre, treten für eine Stärkung der „österreichischen Wirtschaft“ ein und stärken damit die Position des österreichischen Imperialismus innerhalb der EU.

Wir führen den Kampf gegen die EU in erster Linie als Kampf gegen die „eigene“ imperialistische Bourgeoisie und für ihren Sturz in einer proletarischen Revolution. Es ist äußerst unwahrscheinlich, dass bei einer kommenden revolutionären Welle allein in Österreich die Bedingungen für eine proletarische Machtübernahme heranreifen, sondern - aufgrund der engen Verflechtung in der EU mehr noch als 1918 - ebenso in einer Reihe von Nachbarländern. Das begünstigt unseren Kampf, erlaubt uns aber nicht, auf Hilfe und Unterstützung von außen zu hoffen oder gar zu warten. Unser größter Beitrag zur Zerschlagung der EU ist der Sturz der „eigenen“ Bourgeoisie.

Wir führen den Kampf für die Zerschlagung der EU als Teil des Kampfes für den Sozialismus. Unter bestimmten Bedingungen – vor allem massive Kampfaktivität der Arbeiter/innenklasse – ist ein „Austritt aus der EU“ für uns bestenfalls ein taktisches Teilziel. Unser strategisches Ziel bleibt dabei der Sturz der Bourgeoisie und die Errichtung der Arbeiter/innenmacht (Diktatur des Proletariats) in Form der Rätemacht. Dieses Ziel wird, wenn möglich, im Bündnis mit Rätebewegungen in benachbarten EU-Ländern, vor allem der Neokolonien erreicht werden.

IA★RKP

**Revolutionäre
Kommunist/innen**

Initiative für den Aufbau einer Revolutionär-Kommunistischen Partei
(Österreich) - IA★RKP, Stiftgasse 8, 1070 Wien; iarkp.wordpress.com;
ia.rkp2017@yahoo.com